

K-06 Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 01.09.2022
Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Antragstext

- 1 Die Klimakrise ist jetzt. Der Sommer hat uns erneut vor Augen geführt: Wetterextreme häufen
2 sich und werden immer gefährlicher. Die Hitzewellen des Jahres 2022 hatten Regionen auf
3 allen Kontinenten wochenlang im Griff, auch hier in Deutschland hatten wir mit
4 Temperaturekorden zu kämpfen. Symptomatisch erlebten wir in Brandenburg und Sachsen
5 gefährliche Brände; es waren Evakuierungen und Löscharbeiten notwendig, die unsere
6 Rettungskräfte an ihre Grenzen brachten. In weiten Teilen Europas wurden Flüsse zu
7 Rinnsalen. Auch in Spanien und Italien loderten verheerende Waldbrände in ungekanntem
8 Ausmaß, während Länder wie Pakistan von schier unbändigen Überschwemmungen heimgesucht
9 wurden.
- 10 Die Flut im Ahrtal ist derweil erst ein Jahr her – eine Katastrophe, deren Zerstörungen wir
11 bis heute bewältigen müssen. Menschen trauern um ihre Angehörigen, noch immer sind viele
12 ohne neue dauerhafte Unterkunft und haben Angst vor neuen Starkregenereignissen.
- 13 Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass Extremtemperaturen, die sich ohne die
14 menschengemachte Klimaerhitzung einmal pro Jahrzehnt entwickeln würden, heute fast dreimal
15 so oft passieren, länger andauern und mit bis zu 1,2 Grad deutlich heißer sind. Die Folge:
16 Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und eine zunehmende Zahl von Hitzeopfern. So
17 war der Juni 2022 weltweit der drittheiße Monat seit Beginn der Aufzeichnungen, in Europa
18 sogar der zweitheiße. Auch die Weltmeere erhitzen sich in einem dramatischen Tempo.
- 19 Die drohende Heißezeit und der drastische Verlust biologischer Vielfalt stellen nicht weniger
20 als unsere Lebensgrundlagen in Frage und sind damit die größten Gefahren für unsere Zukunft.
21 Hitze und Dürre haben einschneidende Folgen für Mensch und Natur, für die Umwelt, für
22 Infrastruktur und Wirtschaft. Die mit der Überhitzung und mit dem gravierenden Arten-
23 Aussterben verbundenen multiplen Krisen verstärken sich gegenseitig, schränken unsere
24 Handlungsfähigkeit – und damit unsere Freiheit ein. Das zunehmend unwirtliche Klima und der
25 Verlust gesunder Natur bedrohen das Leben und die Heimat von Millionen von Menschen schon
26 heute. Das gilt umso mehr für die kommenden Generationen.
- 27 Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vor anderthalb Jahren wurde erneut klar: Die
28 Klima-Frage ist eine Frage der Erhaltung unserer Freiheit. Ein Leben in Frieden, Freiheit
29 und Sicherheit ist in Deutschland und weltweit nur durch konsequenten Klimaschutz möglich.
30 Und: Die Menschen in den Ländern, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden am meisten
31 unter den Folgen der Klimakrise. Klimaschutz ist deshalb immer auch ein Beitrag zu mehr
32 globaler Gerechtigkeit.
- 33 Die Weltgemeinschaft hat sich im Pariser Klimaabkommen darauf festgelegt, die Erderhitzung
34 auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Die Bundesregierung hat sich das
35 Ziel gesetzt, Deutschland auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen. Wir Grüne stehen dafür, die

36 notwendigen Schritte in allen Sektoren und auf allen politischen Ebenen zu gehen, damit das
37 gelingt. Dafür wurden wir in die Verantwortung gewählt. Dieser Aufgabe fühlen wir uns
38 verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir Politik machen. Es ist die Aufgabe unserer Zeit.

39 **Das Ziel fest im Blick**

40 Die Ausgangslage könnte kaum herausfordernder sein. Der Ausstoß von Treibhausgasen wurde in
41 der Vergangenheit nur unzureichend gemindert. Wichtige klimapolitische Ziele, die wir uns in
42 Deutschland und weltweit gesetzt haben, werden absehbar verfehlt werden. In den letzten
43 Jahren ist zu viel versäumt und bewusst behindert worden. Es wurden viel zu wenige und meist
44 wirkungsschwache Anstrengungen unternommen, die erneuerbaren Energien auszubauen, uns von
45 fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und
46 konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen. Sonst wären wir jetzt besser
47 vorbereitet auf die aktuellen Krisen. Umso größer und dringender ist der Handlungsbedarf in
48 den kommenden Jahren.

49 Gleichzeitig zwingt uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine –
50 mit all seinen Folgen für die Versorgungssicherheit – neue Wege zu gehen. Zum festgesetzten
51 Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, kommt nun hinzu, die Abhängigkeiten von russischen
52 Energiequellen schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die Versorgungssicherheit für
53 Verbraucher*innen und Wirtschaft, Industrie und öffentliche Einrichtungen zu gewährleisten.

54 Dafür drosseln wir den Gasverbrauch, diversifizieren unseren Energieimport und bauen
55 schwimmende wie feste LNG-Anlandepunkte. Die festen wollen wir bis 2030 auf Wasserstoff
56 umrüsten. Für den Notfall bleiben zudem Kohlekraftwerke etwas länger in der Reserve. Vor
57 allem aber vervielfachen wir das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Um die
58 Energieversorgung in Deutschland komplett darauf umzustellen, intensivieren wir die
59 Effizienzmaßnahmen und reduzieren unseren Verbrauch durch Energieeinsparungen.

60 Gerade weil wir jetzt schwierige Schritte gehen müssen, ist es so wichtig, dass wir
61 schneller werden beim Ausbau der Erneuerbaren. Das Tempo der Emissionsminderungen muss sich
62 gegenüber dem Status quo in den kommenden Jahren insgesamt mehr als verdoppeln und dann bis
63 2030 nahezu verdreifachen, damit wir die Ziele im Bundesklimaschutzgesetz erreichen.

64 Durch eine fehlgeleitete Energiepolitik im vergangenen Jahrzehnt ist die sichere
65 Energieversorgung in Deutschland gegenwärtig eine der größten Herausforderungen. Eine
66 zentrale Ursache liegt in der fundamentalen Abhängigkeit von Russlands fossilen
67 Energieträgern, für welche die vorangegangenen Regierungen die Verantwortung tragen. Die
68 energiepolitische Abhängigkeit von Russland schwächt Deutschland und Europa, mindert unsere
69 Freiheit, unsere Unabhängigkeit und senkt unsere Fähigkeit, nachhaltig, also im Einklang mit
70 den planetaren Grenzen und der Freiheit zukünftiger Generationen zu wirtschaften. Die
71 konsequente politische Schlussfolgerung daraus ist der beschleunigte Ausstieg aus der Kohle
72 bereits im Jahr 2030 und eine Stromversorgung, die 2035 auf 100 Prozent Erneuerbaren
73 basiert. Das ist nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der
74 Energieunabhängigkeit, sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

75 **Mit Plan und Pragmatismus zum Ziel**

76 Wir konnten in den ersten Monaten der Ampel-Regierung schon vieles auf den Weg bringen. Wir
77 haben im Bund und in Europa zahlreiche Blockaden gelöst und Deutschland zum Motor in Sachen
78 erneuerbarer Energieerzeugung gemacht. Das beschlossene Gesetzespaket zur Novelle des
79 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Bundesnaturschutzgesetzes, das Wind-auf-See-
80 Gesetz und das Wind-an-Land-Gesetz werden den Ausbau der erneuerbaren Energien unter Wahrung
81 hoher ökologischer Schutzstandards endlich wieder deutlich beschleunigen. Begleitend werden
82 wir mit nationalen Artenhilfsprogrammen alles Notwendige tun, um betroffene Bestände in
83 einen guten Erhaltungszustand zu bringen.

84 Die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftanlagen, für mehr Solar auf den Dächern und für
85 mehr Bürger*innenenergieprojekte wurden massiv verbessert. Zwei Prozent der Landesfläche
86 sollen künftig für Windenergie genutzt werden und Ökostrom-Anlagen bekommen gegenüber
87 anderen Nutzungsformen eine deutlich höhere Priorität. Dazu wurde im EEG festgeschrieben,
88 dass Erneuerbare von überragendem öffentlichem Interesse und auch im Interesse der
89 öffentlichen Sicherheit sind. Damit werden Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt.
90 Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten konsequent vor Ort und in den Ländern umzusetzen,
91 damit in den kommenden Jahren 200 Gigawatt (GW) Photovoltaik gebaut werden, bei Wind an Land
92 100 GW und bei Wind auf See mindestens 30 GW.

93 Auf europäischer Ebene haben wir die Weichen für mehr Klimaschutz im Verkehr gestellt. Wir
94 haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für neu zugelassene Pkw der fossile
95 Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Vergangenheit angehört. Denn insbesondere im Verkehr
96 gibt es aufgrund von jahrzehntelangem Stillstand enormen Nachholbedarf.

97 Deutschland soll 80 Prozent des Stroms bis zum Jahr 2030 und 100 Prozent bis 2035 aus
98 erneuerbaren Energien erzeugen – und im gleichen Maße unabhängig von fossilen Importen
99 werden. Gleichzeitig schließen wir endlich die Lücke zwischen Notwendigkeit und Realität:
100 Wären wir bereits heute so weit, wie es klimapolitisch notwendig wäre, wären wir bedeutend
101 weniger abhängig von Putins Öl und Gas.

102 Wir Grüne gehen diesen gesetzten Auftrag mit Mut, Kooperationswillen und
103 Verantwortungsbewusstsein an. Als Teil der Bundesregierung und als Partei, die dem
104 Gemeinwohl verpflichtet ist – und Verantwortung für die ganze Gesellschaft übernimmt. Wir
105 müssen die Klimaziele erreichen, um die Freiheit und Würde der Menschen zu bewahren.

106 Wir haben im Koalitionsvertrag erreicht, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr ein
107 Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringt, das alle für das Erreichen der Klimaziele
108 2030 notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen umfasst. Gerade angesichts der sich
109 immer weiter verschärfenden Klimakrise muss die Bundesregierung dieses Programm nun
110 unverzüglich vorlegen; alle Bundesministerien und Koalitionspartner sind aufgefordert,
111 konstruktiv und ohne Scheuklappen die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

112 Zudem sollten, wie im Koalitionsvertrag verabredet, die einzelnen Sektoren ihrer
113 Verantwortung gerecht werden. Denn mit diesen Maßnahmen setzen wir das klare Signal, dass
114 wir die Klimaziele in allen Sektoren erreichen müssen. Paris-konforme Klimaneutralität lässt
115 sich nur erreichen, wenn die Emissionen in allen Sektoren schnell beendet werden.

116 Gerade wegen des Krieges gegen die Ukraine und der immer stärker wahrnehmbaren Folgen der
117 Klimakrise mögen manche zweifeln, ob all das zu erreichen ist. Schon wieder sagen manche,
118 dass es jetzt Wichtigeres gebe. Aber genau diese Haltung hat uns an den Punkt gebracht, an
119 dem wir jetzt stehen. Die Klimakrise wartet nicht. Ob sie zur Klimakatastrophe wird oder
120 nicht, entscheiden wir, hier und heute. Wir entscheiden es unter schwierigen Bedingungen,
121 aber mit aller Entschlossenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Kopf in den Sand zu
122 stecken. Vielmehr ist es unsere Verantwortung, unsere Pflicht, zielgerichtet, pragmatisch
123 und ohne Tabus, beherzt und konsequent das zu tun, was nötig ist, um uns alle vor der
124 Klimakatastrophe zu bewahren. Dafür arbeiten wir.

125 Doch das schaffen wir nicht allein, auch nicht als Regierungspartei. Wir brauchen dafür
126 nicht nur die Unterstützung unserer Koalitionspartner, unserer internationalen Partner*innen
127 und unserer Partner*innen in Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, in Ländern und Kommunen,
128 sondern auch den Druck der Zivilgesellschaft, der Bewegungen und Verbände, die uns immer
129 wieder daran erinnern, was noch mehr nötig und möglich wäre. Und wir brauchen das Vertrauen
130 und die Mithilfe der Menschen in diesem Land. Die Menschheitskrise Erderhitzung betrifft uns
131 alle, und nur gemeinsam können wir sie in den Griff bekommen.

132 Klimaschutz gestalten: gemeinsam, fair, gerecht

133 Klimaschutz und die konsequente Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft kann nur
134 gelingen, wenn wir sie für alle möglich machen. Wie das gehen kann, haben wir im Sommer
135 gesehen, als es mit dem 9-Euro-Ticket plötzlich für viele Menschen erschwinglich war,
136 öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und damit auch noch Geld für andere Ausgaben zu sparen.
137 Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen den Mehrwert der Transformation spüren.

138 Die Energiewende – und damit die 100-prozentige Versorgung aus Ökostrom – ist der Garant für
139 bezahlbare Energiepreise für alle sowie für Energiesicherheit. Auch deswegen werden wir
140 schneller beim Ausbau. Gerade jetzt muss ein CO₂-Preis mit einem sozial-gerechten Ausgleich
141 dafür sorgen, dass notwendige Entlastung finanziert und eine klimagerechte Wirtschaft
142 gefördert werden können. Zu einer solchen sozial gerechten Rückzahlung der Einnahmen aus dem
143 CO₂-Preis gehört das Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gemeinsam
144 mit unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Das Finanzministerium muss dazu bis Ende des
145 Jahres einen Mechanismus vorlegen.

146 Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen heißt auch, dass klimagerechtes Wirtschaften und die
147 Dekarbonisierung der Industrie wettbewerbsfähig werden. Dafür braucht es grüne Leitmärkte
148 und Investitionssicherheit, zum Beispiel durch Beschaffungsquoten für klimaneutrale
149 Grundstoffe und Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, die den
150 Unterschied zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen CO₂-Vermeidungskosten
151 finanzieren.

152 Damit und mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Sektorziele hat die Industrie die
153 Planungssicherheit, die sie braucht, um die Produktion klimaneutral umzubauen. Die
154 tiefgreifende Transformation der gesamten Industrie, speziell der Grundstoffindustrie und
155 aller energieintensiven Branchen, nutzen wir als Innovationstreiber für nachhaltige
156 Technologien und für den Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, die auf erneuerbaren Energien
157 basiert. Um künftig deutlich unabhängiger von Technologieimporten zu werden, stoßen wir eine
158 Strategie für eine gemeinsame unabhängige europäische Industriepolitik zur Herstellung von
159 Erzeugungsanlagen für erneuerbare Energien an. Europa kann sich in großen Teilen sowohl
160 selbst aus heimischen erneuerbaren Energiequellen versorgen, als auch die dafür notwendige
161 Technik wieder verstärkt selbst produzieren. Damit sichern wir die Energiewende ab und
162 gestalten sie sozial ausgewogen durch gut bezahlte, zukunftsfeste Arbeitsplätze.
163 Gleichzeitig werden wir mit anderen Ländern Energiewende-Partnerschaften auf Augenhöhe
164 forcieren.

165 Niedriger Energieverbrauch und erneuerbare Energieerzeugung in Gebäuden verringern
166 finanzielle Risiken und liefern einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur
167 Energiewende. Darum unterstützen wir Solardächer und machen sie zum Standard – beginnend mit
168 Neubauten sowie öffentlichen und Gewerbegebäuden; perspektivisch ausgeweitet auf den
169 Bestand. Wir verbessern dazu endlich wieder die Rahmenbedingungen für Bürger*innen-
170 Energiegemeinschaften, entbürokratisieren den Mieterstrom und stärken kommunale Beteiligung.

171 Kommunen und Landkreise werden wir bei Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen der Klimakrise
172 und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse unterstützen. Wir
173 fördern Initiativen sowohl zur Dach- und Fassadenbegrünung als auch zur Entsiegelung von
174 Flächen, um den Wasserhaushalt besser zu regulieren. Ein gesundes Wohnumfeld und der Schutz
175 der Bevölkerung in Katastrophenlagen hat für uns oberste Priorität und muss gewährleistet
176 werden.

177 Energiemarkt, Netzausbau und Arbeitsmarkt: Erneuerbare im Mittelpunkt

178 Um 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, brauchen wir ein neues
179 Energiemarktdesign, das vollständig auf Erneuerbaren fußt. Zugleich steigt für die nötige
180 Sektorenkopplung die Notwendigkeit eines stabilen, leistungsfähigen Stromnetzes weiter an.

181 Daher werden wir den Plan für den Ausbau der Übertragungsnetze kontinuierlich an neue
182 Herausforderungen anpassen und mit dem Rück- und Umbau des Gasnetzes sowie dem Aufbau eines
183 grünen Wasserstoffnetzes koordinieren. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir die Prozesse
184 so intensivieren, dass kürzere Verfahren zu einer besseren Planung und Beteiligung der
185 Menschen vor Ort führen. Die Netzentgelte werden wir so reformieren, dass sie die
186 Transformation zur Klimaneutralität fördern und die Kosten des Ausbaus der erneuerbaren
187 Energien fair verteilen.

188 Beim Ausbau des Verteilnetzes wird eine vorausschauende Planung zur Pflicht und eng an den
189 Ausbau von E-Mobilität, Wärmepumpen und Erneuerbaren gekoppelt. Netzanschlüsse werden
190 schneller gebaut und digitalisiert. Flexible Strom- und Wärmespeicher in Dörfern und
191 Quartieren sichern die Versorgung und minimieren den notwendigen Netzausbau. Schließlich
192 wollen wir Stromspitzen kostengünstig zur Wärmeerzeugung und zur Umwandlung in andere
193 Energieträger einsetzen.

194 Eine auf 100 Prozent Erneuerbaren basierende Energieversorgung funktioniert nur europäisch.
195 Das über ganz Europa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, das kommt selten vor.
196 Daher müssen wir die europäischen Netze stärken und die Erneuerbaren in ganz Europa zum
197 Standard machen.

198 Ein passgenaues und damit sektorenübergreifendes Energiemarktdesign, das die ganze
199 Akteursvielfalt im Blick hat, ist das Herzstück eines vollständig auf Erneuerbaren
200 basierenden Energiesystems. Die Verwerfungen in der aktuellen Krise zeigen einmal mehr, dass
201 hier dringender Handlungsbedarf besteht, den wir zusammen mit Wissenschaft und Wirtschaft
202 adressieren.

203 Von den letzten Bundesregierungen wurde eine unübersichtliche Bürokratie aufgebaut, die den
204 Ausbau der Erneuerbaren ausbremste. Diese bauen wir systematisch ab. Insbesondere
205 Privatleute und Bürger*innenenergie-Gemeinschaften befreien wir von den Fallstricken
206 unkalkulierbarer Ausschreibungen und Anmeldeprozessen. Die Erneuerbaren machen wir damit
207 zum Gewinnerthema auf dem Land und in der Stadt. Kommunen werden bei Windkraft stärker
208 beteiligt und die Menschen vor Ort können sich zu fairen Bedingungen bei Solarprojekten
209 engagieren. Alle profitieren von sanierten Kindergärten und ausgebauten Radwegen. Das
210 schafft Akzeptanz.

211 Auch zum Stromnetz, dem Rückgrat der Sektorenkopplung, wollen wir einen fairen Zugang für
212 alle. Die Stromleitungen brauchen eine effiziente Auslastung, um die Kosten gering zu
213 halten. Die Landwirtschaft wird dazu mit Agri-PV und flexiblen Biogasanlagen noch stärker
214 Teil der Energiewirtschaft, der Verkehr zum flächendeckenden Großabnehmer – und über
215 Rückeinspeisung zum wichtigen Stabilisator unserer Netze. Die Gebäudewirtschaft liefert
216 Solarstrom vom Dach und heizt mit Wärmepumpen.

217 **Wärmewende: effizient und erneuerbar**

218 40 Prozent der Klimagase werden in Deutschland durch Gebäude ausgestoßen. Wir legen deshalb
219 einen Schwerpunkt auf ökologisches Heizen, Bauen und vor allem Sanieren. Nur so können wir
220 es schaffen, die kumulierte Lücke von 152 Millionen Tonnen CO₂ zu den Klimazielen der
221 Bundesregierung bis 2030 im Gebäudebereich zu schließen.

222 Es ist deshalb klima-, energie- und sicherheitspolitisch nicht haltbar, dass die Gasheizung
223 die vorherrschende Wärmetechnik bleibt, mit einem Marktanteil von aktuell über 70 Prozent.
224 Und sie entwickelt sich auch für die Verbraucher*innen immer mehr zur Kostenfalle. Heizen

225 muss zügig klimaneutral werden. Deshalb haben wir die Förderung von Gasheizungen
226 eingestellt; ab 2024 gilt eine Mindestquote von 65 Prozent Erneuerbaren für neue Heizungen.

227 Die gesetzlichen Mindesteffizienzstandards im Neubau und Bestand werden wir mit der Reform
228 des Gebäudeenergiegesetzes anheben und auf den Klimaschutzpfad bringen. Erneuerbare Energie
229 für Wärme und Kühlung soll schnell das neue Normal werden. Perspektivisch wollen wir jedes
230 neue und möglichst viele sanierte Gebäude zu Plusenergiehäusern machen. Denn auch
231 erneuerbare Energien müssen wir effizient einsetzen.

232 Wir können die Klimaziele nur mit konsequent ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen
233 erreichen. Bei jeder Planung sollte ab sofort der gesamte Stoff- und Energieverbrauch für
234 Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch hier für den
235 Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ein, mit dem Ziel einer kompletten stofflichen Wieder-
236 oder Weiterverwertung. Damit energie- und ressourcenschonend sowie giftfrei gebaut wird,
237 braucht es eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-
238 Gesetz sowie verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und
239 Bauordnungen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, wollen
240 wir einen digitalen Gebäude-Materialpass einführen. So werden unsere Gebäude und
241 Bauschuttdeponien zu Rohstoffquellen.

242 Um die Modernisierung des Gebäudebestandes zügig und konsequent voranzubringen, setzen wir
243 uns sowohl für eine deutliche Steigerung der bereitgestellten Fördermittel als auch für eine
244 Ausrichtung von Förderrichtlinien auf die Klimaschutzwirkung der Maßnahme, auf mehr
245 Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz ein. Hinsichtlich der verwendeten Baustoffe
246 brauchen die Programme im Sinne einer Holzbau-, Leichtbau- und Rohstoffsicherungsstrategie
247 des Bundes eine klare Ausrichtung auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.

248 Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz von Mieter*innen bei der Wärmewende ein. Wir
249 wollen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter*innen und
250 Mieter*innen – auch mittels staatlicher Unterstützung – fair aufteilen.

251 Mit der Ergänzung des Wohngeldes um das Klimawohngeld wollen wir allen ermöglichen, in
252 klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Die Heizkostenkomponente muss dringend der aktuellen
253 Entwicklung angepasst werden. Dazu wollen wir den Heizkostenzuschuss im Wohngeld während der
254 Energiekrise verstetigen.

255 Aktuell bezahlen allein die Mieter*innen die Umlage des CO₂-Preises für Heizung und
256 Warmwasser. Wir begrüßen deshalb die gemeinsame Gesetzesinitiative für eine gerechte
257 Neuverteilung des CO₂-Preises abhängig vom Sanierungsgrad zwischen Mieter*innen und
258 Vermieter*innen.

259 Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, bestehende Systeme zu verknüpfen. Es braucht
260 Quartierslösungen beispielsweise auf Basis von Wärmenetzen, die mit erneuerbaren Quellen wie
261 Abwärme, Geo- oder Solarthermie gespeist werden und bereitgestellte Energie vor Ort
262 speichern. Auch die Fern- und Nahwärme muss dekarbonisiert werden. Dazu wollen wir ihre
263 Förderung an klimaneutralen und gleichzeitig effizienten Lösungen ausrichten, wie an der
264 Kombination von niedrigerer Temperatur und Wärmepumpen, und dazu die Wirtschaft in die
265 Wärmesysteme einbinden. Für die Umsetzung dieser Systeme sind die Kommunen zentral. Wir
266 begrüßen daher die Initiativen der Bundesregierung, die verbundenen klimaneutralen
267 Energiesysteme über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze auszubauen und die
268 kommunale Wärmeplanung zu stärken.

269 **Nachhaltige Mobilität ist ein Schlüssel**

270 Insbesondere der Verkehrssektor ist derzeit nicht auf Kurs, um die Klimaziele zu erreichen.
271 Hier wiegen die Konsequenzen der verfehlten Politik dreier CSU-Verkehrsminister besonders

272 schwer und es gibt große Defizite bei der schnellen, dauerhaften Minderung der Emissionen.
273 Umso wichtiger ist es, jetzt konsequent eine neue Politik zu verfolgen. Kurzfristige
274 Maßnahmen wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Pkw-Neuzulassungen, der soziale und
275 klimagerechte Umbau des Dienstwagenprivilegs oder ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket
276 sind unbedingt erforderlich.

277 Der EU-Beschluss zum Ende des fossilen Verbrennungsmotors ab 2035 ist ein riesiger Erfolg
278 für den Klimaschutz und für grüne Umweltpolitik. Er gibt den Autoherstellern, aber auch den
279 Ladenetzbetreibern endlich Planungssicherheit. Die Dekarbonisierung der Antriebe hat damit
280 einen klaren europäischen Rahmen. Pkw werden in Zukunft batterieelektrisch fahren. Damit
281 nutzen wir die effizienteste Technologie, denn auch im Verkehr muss gelten: Auch aus
282 erneuerbaren Quellen geerntete Energie ist ein knappes Gut.

283 Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis 2030
284 weist den Weg. Dazu braucht es zusätzliche fiskalische Maßnahmen wie eine Klimaabgabe für
285 Pkw-Neuzulassungen, eine deutliche Beschleunigung des Ladesäulenausbaus und eine intensive
286 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften zur Transformation der Automobilindustrie.
287 Denn für alle Betroffenen gilt: Klimaneutralität kann, richtig gestaltet,
288 Menschheitsaufgabe, Standortvorteil und Jobmotor zugleich sein.

289 Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein attraktives
290 öffentliches Angebot als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Das 9-Euro-Ticket war dabei ein
291 großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im Nahverkehr und
292 rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung ausgesprochen.

293 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV direkte
294 Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe Folgelösung. Wir haben
295 dafür ein Konzept für eine Kombination aus einem landes- bzw. verbundweiten 29-Euro- und
296 einem bundesweiten 49-Euro-Ticket vorgelegt. Unser Ziel bleibt, dass sich die Zahl der
297 Nutzer*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der Mittel für den
298 Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben der
299 Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das effektivste
300 Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere Infrastruktur
301 umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

302 Insbesondere die Schiene wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Es bedarf massiver
303 Investitionen in Erhalt, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung. Der Deutschland-Takt als
304 Zielvorgabe für ein qualitativ hochwertiges, angebotsorientiertes System stellt für uns
305 hierfür eine gute Grundlage dar, die nun endlich durch eine angemessene Bereitstellung von
306 Finanzmitteln für Investition und Betrieb sowie für Planungskapazitäten auf den Weg gebracht
307 werden muss.

308 Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ist unabdingbar, damit die Länder die Qualität des
309 öffentlichen Nahverkehrs erhalten und verbessern können. Dies kann über den Abbau
310 umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Reform des Dienstwagenprivilegs
311 finanziert werden. Der Bundesverkehrswegeplan muss dringend klimagerecht überarbeitet und
312 reformiert werden, damit zukünftige Investitionen nicht mehr in den teuren Neubau von
313 Autobahnen fließen. Dem klaren Vorrang der Schiene muss hier Rechnung getragen werden.

314 Das Tempolimit auf Autobahnen bleibt für uns weiter ein schnell wirkendes und nahezu
315 kostenloses Instrument, um die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen und unsere Klimabilanz
316 zu verbessern.

317 **Klima schützt Natur schützt Klima**

318 Der natürliche Klimaschutz hat Klimapotentiale, die an die Umstellung auf erneuerbare
319 Energien heranreichen. Das hat auch der jüngste IPCC-Bericht bestätigt. Im Umkehrschluss
320 droht bei einer weiteren Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher die Naturzerstörung zu
321 einem nicht mehr aufzuhaltenden Beschleuniger der Klimakrise und des Artenaussterbens zu
322 werden.

323 Beide Krisen befeuern sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden. Nur, wenn wir
324 gesunde Natur schützen, stärken und wiederherstellen, können wir die notwendigen Klima- und
325 Biodiversitätsziele erreichen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der Bundesregierung
326 mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz 4 Milliarden Euro in konkrete Maßnahmen zum
327 Schutz, zur Stärkung und Wiederherstellung gesunder Natur investieren und die relevanten
328 Maßnahmen beschleunigen. Das ist dreifach gut angelegtes Geld: für mehr Biodiversität, für
329 mehr Klimaschutz und für mehr Klimavorsorge.

330 Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in der Stadt: All
331 diese Ökosysteme können einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten. Sie können
332 Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern. Gleichzeitig sind sie
333 wertvoller Lebensraum für bedrohte Arten und damit essentielle Voraussetzung im Kampf gegen
334 das Artenaussterben. Außerdem leistet der natürliche Klimaschutz einen wichtigen Beitrag zur
335 Klimavorsorge, denn gesunde Böden regulieren den Wasserhaushalt. Intakte Auen halten das
336 Wasser zurück und tragen so zum Hochwasserschutz bei. Je besser der Zustand von Ökosystemen
337 ist, desto widerstandsfähiger sind sie gegenüber Extremwetterereignissen wie Trockenheit
338 oder Starkregen – und desto mehr können sie zu unserem Schutz beitragen.

339 Schwerpunkte im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind eine Renaturierungsoffensive
340 für Flüsse, Auen, Wälder und Seegraswiesen sowie der nationale Moorschutz. Wir wollen so
341 viele Moorböden wie möglich schnell und umfassend wiedervernässen – und ein Ende der
342 Torfnutzung. Landwirtschaftliche Betriebe werden wir bei Maßnahmen zur Wiedervernässung und
343 bei der Einführung angepasster Bewirtschaftungsweisen unterstützen.

344 Ein naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen ist ein zentrales Ziel
345 für den natürlichen Klimaschutz. Mit der Wiederherstellung dieser Ökosysteme soll im Sinne
346 der Vorsorge Wasser wieder stärker in der Landschaft gehalten und die schnelle Entwässerung
347 großer Flächen reduziert werden. Um einen naturnahen Wasserhaushalt zu erreichen, wollen wir
348 mit der Bundesregierung noch in diesem Jahr eine rahmengebende Nationale Wasserstrategie
349 beschließen.

350 Auch Meeres- und Küstenökosysteme sind ein wichtiger Baustein des natürlichen Klimaschutzes.
351 Denn die Weltmeere leiden nicht nur immens unter den Auswirkungen der Klimakrise. Gesunde
352 Meere liefern gleichzeitig Sauerstoff, sie regulieren das Klima und sind ein wichtiger CO₂-
353 Speicher. Wir werden eine verbindliche Meeresstrategie erarbeiten und ein Aufbauprogramm für
354 Seegraswiesen, Algenwälder, Salzwiesen und weitere marine sowie Küsten-Ökosysteme zur
355 Verbesserung der natürlichen CO₂-Speicherfähigkeit entwickeln. Eine Anrechnung von CO₂-
356 Speicherpotenzialen durch natürliche Kohlenstoffsinken auf die Minderungsziele lehnen wir
357 ab. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen als CO₂-Senken sind zusätzliche und
358 eigenständige Ziele im Klimaschutzgesetz. Mit natürlichem Klimaschutz stärken wir natürliche
359 Kohlenstoffsinken und bekämpfen zugleich die Biodiversitätskrise und das Artenaussterben.

360 Gemeinsam mit unseren internationalen Partnern wollen wir die Verhandlungen bei der
361 Weltnaturschutzkonferenz in Montreal im Dezember endlich erfolgreich abschließen. Es braucht
362 einen neuen internationalen Rahmen zum Schutz unserer Natur und mehr finanzielle
363 Unterstützung der Industrienationen für die Umsetzung im globalen Süden. Wir wollen
364 international vorangehen und werden, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, eine
365 erhebliche Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung noch in diesem Jahr
366 verkünden.

367 Mehr ökologische Landnutzung

368 Die Waldbrandgefahr vervielfacht sich im Zuge der Klimakrise durch anhaltende Trockenheit
369 und verödete Forstlandschaften. Deshalb brauchen wir wieder mehr echte Wälder: als
370 Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und als wichtige Verbündete beim Klimaschutz. Wir
371 brauchen eine klimaresiliente vielfältige Landwirtschaft, um auch in Krisenzeiten gute,
372 gesunde und regionale Lebensmittel unter fairen Bedingungen für alle erzeugen zu können.
373 Fair für das Klima, fair für Umwelt und Tiere, fair für die Verbraucher*innen – und fair für
374 die Landwirt*innen. Denn eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung braucht Bäuerinnen und
375 Bauern.

376 Angesichts von immer häufigeren Dürren und Unwettern, Insektensterben und Artenverlust in
377 der Agrarlandschaft sowie dem Höfesterben ist eine Agrarwende hin zu einer ökologischeren,
378 tierfreundlichen und klimarobusten Landwirtschaft mit fairem Einkommen für die
379 Landwirt*innen entscheidend. Gerade in diesem Jahr zeigt sich, dass schon jetzt viele
380 Anbauregionen bei uns und in ganz Europa mit Trockenheit und Dürren zu kämpfen haben. Und es
381 werden in den kommenden Jahren wohl immer mehr. Umso wichtiger, dass der Boden gesund ist –
382 mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Die ökologische Bewirtschaftung
383 bietet die Chance, den Schutz der Biodiversität und des Klimas mit der Lebensmittelerzeugung
384 gut zu verknüpfen.

385 Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Fläche erhöhen.
386 Die Bundesregierung wird dazu eine Strategie auflegen, die Forschung, Betriebe und Absatz
387 gleichermaßen fördert. Außerdem werden wir zusammen mit den Landwirt*innen eine nachhaltige,
388 nasse Landwirtschaft für genutzte Moorböden entwickeln. Dazu fördert das
389 Landwirtschaftsministerium beispielsweise extensive Weidewirtschaft und Paludikulturen –
390 auch in Kombination mit erneuerbaren Energien.

391 Agroforstsysteme, Agri-PV-Systeme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen mit Zwischenfrüchten,
392 die Einarbeitung von Pflanzenresten und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen den Ackerbau
393 sowohl klimafreundlicher als auch robuster. Gleichzeitig können sie zu einem guten Einkommen
394 für die Landwirt*innen beitragen. Die europäischen Agrarzahungen sollen dazu auf die
395 Honorierung dieser ganzheitlichen gesellschaftlichen Leistungen ausgerichtet werden.

396 Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre ist der Umbau der landwirtschaftlichen
397 Tierhaltung hin zu klima-, umwelt- und tiergerechten Haltungsformen. Um Landwirt*innen auf
398 diesem Weg zu unterstützen, braucht es ein Paket aus verpflichtender
399 Tierhaltungskennzeichnung, angepasstem Bau- und Genehmigungsrecht, klaren Regeln sowie
400 tragfähiger Förderung. Entsprechende Gesetzesentwürfe des Landwirtschaftsministeriums liegen
401 vor. Wenn wir landwirtschaftlichen Betrieben eine echte Perspektive geben wollen, müssen wir
402 sie bei den Mehrkosten, die durch höhere Tierschutzstandards entstehen, unterstützen. Um
403 Klima- und Umweltziele zu erreichen, müssen wir die Tierzahlen in Deutschland senken und sie
404 stärker an die verfügbare Fläche für die Futtermittelproduktion binden, denn Futter von den
405 eigenen Feldern ist klimafreundlich und Weidehaltung sorgt für besseren Tierschutz. Den
406 durch die Landwirtschaft maßgeblich mitverursachten Ausstoß von Methan und Lachgas, der
407 einen großen Anteil zur Erderhitzung beiträgt, wollen wir deutlich verringern.

408 Eine zukunftsfeste Tierhaltung muss standortangepasst und unabhängig von Regenwald-Soja
409 sein. Mit der Eiweißstrategie unterstützen wir diese Umstellung. Industrielle
410 Massentierhaltung ist mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.

411 Klimagerechtigkeit in Europa und weltweit

412 Viele Inseln im Pazifik drohen, durch die Klimakrise unterzugehen. Die Dürre in Ostafrika
413 verursacht Hunger und verschärft Armut. Frauen, marginalisierte Gruppen und Menschen, die in
414 Armut leben, sind besonders von den Folgen wie Luftverschmutzung, mangelndem Zugang zu

415 Trinkwasser und dem Schwinden von landwirtschaftlichem Boden betroffen. Die Länder, die am
416 wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, leiden am meisten unter deren Folgen. Die
417 Erderhitzung einzudämmen, ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine
418 Gerechtigkeitsfrage.

419 Das Fortschreiten der Klimakrise ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Freiheit. Durch
420 die Klimaaußenpolitik muss es uns mit diplomatischen Mitteln gelingen, die globale
421 Energiewende, nachhaltige Entwicklung und den Schutz unserer Biodiversität EU-weit und
422 international voranzutreiben. Mit der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere
423 Partner*innen weltweit beim langfristigen Umbau ganzer Sektoren und verfolgen eine
424 transformative, globale Strukturpolitik; damit richten wir nationale und internationale
425 Institutionen auf die Pariser Klimaziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der
426 Agenda 2030 (SDGs) aus.

427 Deutschland und Europa müssen stärker mit gutem Beispiel vorangehen und klimagerechten
428 Wohlstand umsetzen. Konkret bedeutet das, dass die politischen Entscheidungen daran gemessen
429 werden müssen, ob ihre Folgen mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und den
430 Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.

431 Der Europäische Green Deal eröffnet die Chance, die EU zum ersten klimaneutralen
432 Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die ambitionierte und schnelle Umsetzung des „Fit For
433 55“-Pakets ist dafür essentiell. Wir unterstützen alle weiteren Maßnahmen, die dazu
434 beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen und damit die Klimaziele für Europa zu erreichen.

435 Wir wollen gemeinsam mit der EU-Kommission den natürlichen Klimaschutz europaweit und
436 weltweit voranbringen. Wir unterstützen die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur als
437 zentrales Element zur Umsetzung der europäischen Biodiversitätsstrategie. Rechtsverbindliche
438 Ziele zur Renaturierung von Meeren, Flüssen und Wäldern, von Ökosystemen in der Stadt und in
439 der Agrarlandschaft sowie zum Schutz von Bestäubern sind ein Aufbruch für den Natur- und
440 Klimaschutz in der EU.

441 Die Industriestaaten haben am meisten von der Ausbeutung der globalen Ressourcen profitiert
442 und müssen deshalb ein verlässlicher Motor und Vorreiter im Kampf gegen die Klimakrise
443 weltweit sein. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hat Deutschland erste Klima- und
444 Entwicklungspartnerschaften etabliert, die wir mit weiteren Partnerländern schnell ausbauen
445 und vorantreiben möchten.

446 In wenigen Wochen wird die UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten die massiven weltweiten
447 Auswirkungen der Klimakrise beleuchten und um Maßnahmen zu deren Bekämpfung ringen. Es geht
448 dabei um ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, mit dem bis 2030 global ein mit dem 1,5-Grad-
449 Ziel kompatibler Entwicklungspfad erreicht wird. An diesem Programm müssen auch die
450 nationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wir erwarten eine Beschleunigung der weltweiten
451 Energiewende sowie einen regelmäßigen politischen Austausch über die Umsetzung der
452 Maßnahmen, über Initiativen und die Erreichung der sektoralen Ziele als Ergebnis der
453 Konferenz.

454 Ägypten gehört zu den repressivsten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in
455 Nordafrika. Zur Förderung von Klimaschutz braucht es eine starke, politisch aktive und vom
456 Staat unabhängig agierende Zivilgesellschaft. Es ist deshalb unabdingbar, dass Ägypten als
457 Ausrichter der COP den eigenen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sowie der Presse
458 dauerhaft die Freiheit gibt, auf Defizite im Klimaschutz aufmerksam machen zu können.
459 Ansonsten droht die COP, zum Greenwashing der Staatsführung zu werden – und zu einem
460 Instrument, um von der katastrophalen Menschenrechtsbilanz einschließlich der tausenden
461 politischen Gefangenen abzulenken.

462 Im Rahmen der internationalen Klimapolitik muss Deutschland ein ambitioniertes,
463 solidarisches und verlässliches Partnerland sein und seiner Verantwortung für den eigenen,
464 für den globalen Klimaschutz und für die Anpassung an die Klimakrise gerecht werden. Dabei
465 werden wir klimapolitische Maßnahmen im Sinne des postkolonialen Ansatzes gemeinsam mit
466 unseren Partner*innen entwickeln, eng mit multilateralen Partner*innen abstimmen und bei der
467 Umsetzung die Länderrechte der indigenen Bevölkerung stets achten. Das ist auch unser
468 Anspruch für das Auftreten Deutschlands bei der diesjährigen COP 27 in Ägypten.

469 Die Folgen der Klimakrise schlagen in den ärmsten Staaten der Welt ganz besonders dramatisch
470 zu. Wir müssen deshalb die Klimaanpassung beschleunigen. Darum braucht es bei Schäden und
471 Verlusten jetzt deutlich stärkere und verbindliche Unterstützung durch die Industrieländer.
472 Dazu haben sich die G7 Ende Mai 2022 erstmals bekannt. Ein richtiger Schritt voran, dem aber
473 noch viele folgen müssen.

474 Deutschland muss gerade angesichts der multiplen Krisen, die die Umsetzung von
475 Klimaprojekten in vielen Weltregionen gefährden, seinen Beitrag zur kollektiven
476 Verdopplungszusage der Anpassungsfinanzierung leisten. Ergänzend wollen wir die
477 Rahmenbedingungen für privates Kapital verbessern, wenn dieses in echten Klimaschutz und
478 konsequente Klimaanpassung investiert wird.

479 Mit Programmen der Entwicklungspolitik wie auch der Internationalen Klimaschutzinitiative
480 der Bundesregierung leisten wir ganz konkrete Unterstützung für mehr Klimaschutz und
481 Klimaanpassung. Gemeinsam wollen wir als G7 vorangehen, um aus der Kohle auszusteigen und
482 die Emissionen im Energiesektor, im Verkehr und der Industrie so schnell wie möglich zu
483 reduzieren. Es geht darum, gemeinsam eine Welle höherer Klimaambitionen zu erzeugen und
484 andere Staaten mitzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen Schub für mehr
485 Klimagerechtigkeit und klare Fortschritte bei der Klimafinanzierung sowie ein Umlenken
486 globaler Finanzströme im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens.

487 Klimagerechtigkeit heißt aktuell vor allem, alles daran zu setzen, die große Maßnahmenlücke
488 zwischen Klimazielen und politischem Handeln auf internationaler Ebene zu schließen.
489 Insbesondere betrifft dies den zugesagten deutschen Beitrag von jährlich 6 Milliarden Euro
490 für die Klimafinanzierung in Ländern des globalen Südens bis 2025. Das bedeutet auch, die
491 Länder des globalen Südens in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaanpassung,
492 Verkehrspolitik, Landwirtschaft und nachhaltiger Wirtschaft zu unterstützen. Zur UN-
493 Klimakonferenz COP 27 im November muss die Bundesregierung dazu eine verlässliche Zusage
494 leisten.

495 Durch den russischen Angriffskrieg ist weltweit eine neue Dynamik entstanden, denn auch dem
496 Letzten ist nun der Zusammenhang zwischen Klima, Energie, Sicherheit, Ernährung, Freiheit
497 und Frieden klargeworden. Viele Staaten setzen auf den Ausbau von erneuerbaren Energien.
498 Aber es gibt auch Kräfte, die den Moment des Krieges nutzen, um unter dem Vorwand der
499 Energiesicherheit Öl, Gas und fossile Infrastrukturen dauerhaft zu festigen und auszubauen.
500 Umso wichtiger ist es, dass wir alle Kanäle nutzen, um die Weichen für mehr Klimaschutz und
501 für mehr Tempo bei der globalen Energiewende zu stellen. Die Verbrechen an der
502 Menschlichkeit durch das russische Regime dürfen nicht als Deckmantel für neue langfristige
503 fossile Abhängigkeiten dienen. Denn das würde nicht nur dem Aggressor in die Hände spielen,
504 sondern auch die internationalen Klimaschutzmaßnahmen ad absurdum führen. Die einfache
505 Logik, dass im Zweifel fossile Energieträger eine sichere Versorgung bereitstellen, ist
506 widerlegt. Die neue Rolle der erneuerbaren Energien als Garanten für eine starke
507 Selbstversorgung, Sicherheit und Freiheit gilt es, international zu festigen und die
508 Hinwendung zu klimaneutraler Versorgung in anderen Ländern durch strukturelle, finanzielle
509 und technische Unterstützungsangebote zu stärken.